

**Beschluss auf der  
Klausurtagung des MIT-Bundesvorstands am 12./13. März 2010  
Antragsteller: Gerd Robanus/ MIT Ost-Hessen**

### **Resolution zur deutschen Sprache**

Im Februar dieses Jahres wurde öffentlich bekannt, dass im Auswärtigen Dienst der EU nur noch Englisch und Französisch gesprochen werden soll.

**Die MIT weist diese Missachtung der deutschen Sprache durch die obersten EU-Gremien auf das Schärfste zurück und fordert die Rücknahme dieses EU-Beschlusses.**

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass Deutsch neben Englisch und Französisch eine der drei gleichberechtigten Arbeitssprachen auf EU-Ebene ist. Außerdem ist die deutsche Sprachgruppe die größte Sprachgruppe in der EU.

Der MIT-Bundesvorstand empfiehlt der SME Union, sich dieser Position anzuschließen, die MIT in ihrer Forderung zur stärkeren Verwendung der deutschen Sprache durch die europäischen Institutionen zu unterstützen und sich gegenüber den entsprechenden europäischen Stellen in diesem Sinne einzusetzen.

Zudem fordert der MIT-Bundesvorstand die Bundesregierung, die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die Ministerpräsidenten und CDU-Fraktionen in den Ländern sowie die EVP-Fraktion und die Europaabgeordneten der Union auf, sich für die stärkere Verwendung der deutschen Sprache durch die europäischen Institutionen zu engagieren und gegen die geplante neue Praxis im Auswärtigen Dienst der EU zu protestieren.

#### **Begründung:**

Innerhalb der Europäischen Union sind annähernd 100 Millionen Menschen deutsche Muttersprachler. Damit ist deutsch die meistgesprochene Sprache in der EU. Deutsch ist neben Englisch und Französisch zwar dritte Arbeitssprache der Europäischen Union. Die Praxis sieht aber anders aus. Bundesregierung und Bundestag müssen immer wieder Übersetzungen oder Dolmetschung in deutscher Sprache anmahnen. Auch die Übersetzung der Internetseiten der EU-Kommission und die Ausschreibungen für die Wirtschaft in deutscher Sprache sind nicht zufrieden stellend. Besonders kleine und mittelständische Unternehmen sind benachteiligt, wenn sie Ausschreibungen der EU nicht in deutscher Sprache bekommen. Die deutsche Sprache hat ein Anrecht darauf, als Arbeitssprache mit dem Französischen und Englischen gleichgesetzt zu werden.

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU hatte bereits 2008 einen Antrag „Für eine stärkere Verwendung der deutschen Sprache durch die Institutionen der Europäischen Union“ auf dem CDU-Bundesparteitag eingebracht. Dieser Antrag wurde von den Parteitagdelegierten mit großer Mehrheit beschlossen. Die aktuelle Entwicklung zeigt, dass die Verdrängung der deutschen Sprache als Arbeitssprache auf europäischer Ebene weiter fortgesetzt wird. Die entsprechenden Gremien und politischen Mandatsträger sollen daher im Interesse der stärkeren Verwendung der deutschen Sprache auf europäischer Ebene zeitnah tätig werden.